

Veranstaltungsbericht

Podiumsdiskussion: Rassismus und Anti-Pluralismus im geteilten und vereinigten Deutschland

2. September 2013 | 18.00 Uhr | Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur | Kronenstr. 5 | 10117 Berlin

Welche Ursachen haben Rassismus und Anti-Pluralismus in Deutschland? Welche Entwicklungen werden im Ost-West-Vergleich deutlich und wie kann Rassismus entgegengewirkt werden? Diesen Fragen war am 2. September 2013 die Podiumsdiskussion „Rassismus und Anti-Pluralismus im geteilten und vereinigten Deutschland“ der Bundesstiftung Aufarbeitung gewidmet.

In ihrer Begrüßungsrede verwies die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky, auf verschiedene von der Stiftung geförderte Projekte, die sich mit dem Thema Rassismus in der DDR befassen haben. Darunter befindet sich der Film „Die Nationale Front – Neonazis in der DDR“, der den Überfall von Skinheads auf eine Versammlung in der Ost-Berliner Zionskirche 1987 thematisierte. In dem Theaterstück „Mit Tötung ist zu rechnen“ hätten zudem Betroffene den Mut aufgebracht, ihre Erlebnisse mit Neonazis auf der Bühne darzustellen. Dr. Anna Kaminsky betonte, dass es Rassismus im vereinten Deutschland genauso wie in den beiden deutschen Staaten vor 1990 gegeben hat und gibt. In der DDR seien rechte Schlägertrupps mitunter sogar im staatlichen Auftrag für Angriffe gegen oppositionelle Gruppen eingesetzt worden. Die Aufdeckung der NSU-Morde habe schließlich nicht nur die Existenz eines neonazistischen Untergrunds, sondern auch das Versagen der Ermittlungsbehörden offenbart.

Der Historiker Dr. Harry Waibel ging in seinem Vortrag auf Erscheinungsformen von Rassismus in beiden deutschen Staaten nach 1945 ein. Er verwies darauf, dass bei den seit 1990 begangenen rassistischen Straftaten eine überproportionale Beteiligung junger Männer aus den neuen Bundesländern zu verzeichnen sei. Im ersten Teil seines Vortrages berichtete Dr. Harry Waibel über Rassismus in der DDR. Seit den 1950er Jahren habe der Schwerpunkt beispielsweise auf der Verehrung alter Nationalsozialisten und Schändungen von jüdischen Friedhöfen gelegen. Als in den 1970er Jahren Arbeiter aus dem Ausland angeworben wurden, seien diese zum Ziel rassistischer Angriffe geworden. Beispielsweise seien 1979 in Merseburg Kubaner nach einem Konflikt mit einheimischen Bürgern von einem rassistischen Mob verfolgt und auf ihrer Flucht durch den Fluss mit Flaschen beworfen und zum Teil am Kopf getroffen worden. Zwei Kubaner wurden tot aufgefunden, die Tat sei jedoch nicht strafrechtlich verfolgt worden, da keine „erheblichen gesundheitlichen Schäden“ vorgelegen hätten. Ebenfalls aus rassistischen Motiven war der mosambikanische Lehrling Carlos Conceicao 1987 in Staßfurt zusammengeschlagen worden und daraufhin gestorben.

Der Historiker betonte, dass die Existenz rassistische Tendenzen auch dem Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) der DDR nicht verborgen geblieben sei. Untersuchungen des Instituts hätten ergeben, dass unter den Jugendlichen nationalistische Einstellungen zu erkennen waren. Bei einer Studie, die „politisch-historische Einstellungen bei Jugendlichen“ im Jahr 1988 untersuchte, hätten sich „größere Erkenntnisdefizite in Bezug auf Wesen und Funktion des Faschismus und der Rolle Hitlers“ abgezeichnet. Dabei seien 64 Prozent der Befragten stolz auf ihr „Deutschtum“ und 40 Prozent der Ansicht gewesen, dass es besser sei, wenn „alle Ausländer das Land verlassen“ würden. Bis zu 50 Prozent der Jugendlichen dachten laut der Studie in rechtsradikalen Denkstrukturen.

Dr. Harry Waibel erläuterte, das Dogma des Antifaschismus habe die rassistische und antisemitische Erbschaft nach 1945 in der DDR verdrängt. So seien tradierte Bewusstseinsinhalte lediglich unterdrückt worden und somit unverarbeitet geblieben. Zudem hätten innere Ursachen im SED-Staat zur Ausprägung dieser Denkstrukturen beigetragen. Dazu würden u.a. der vormundschaftliche Absolutheitsanspruch der marxistisch-leninistischen Ideologie, dogmatische Denk- und Verhaltensweisen, die Militarisierung der Gesellschaft sowie des Bildungswesens, der bürokratische Zentralismus unter der Maxime des Gehorsams, aber auch die anhaltende ökonomische Krise, gehören. In der DDR-Öffentlichkeit sei dieses Thema jedoch tabuisiert worden. Die ZIJ-Studie des Jahres 1988 sei lediglich als „Vertrauliche Verschlussache“ an das Politbüro adressiert gewesen und die Nachrichtenagentur ADN habe noch 1989 Informationen über neonazistische Tendenzen in der DDR als „puren Unsinn“ abgetan.

In einem zweiten Teil ging der Historiker auf die Entwicklungen in der Bundesrepublik ein. Dort hätten sich seit Ende der 1960er Jahre bewaffnete Untergrundgruppen formiert. Zu einer dieser Gruppen habe beispielsweise der Dutschke-Attentäter Josef Bachmann gehört. In vierzig Jahren seien seit 1949 mehr als fünfzig Menschen verschiedener Nationalitäten aus rassistischen bzw. neonazistischen Motiven getötet worden. Ebenso wie in der DDR sei die rassistische Latenz auch in der Bundesrepublik anhand demoskopischer Umfragen sichtbar geworden. So hätten 1981 über fünf Millionen Westdeutsche über ein rechtsextremes Menschenbild verfügt, 1986 nur 14 Prozent die Forderung „Ausländer raus“ vollständig abgelehnt und 1989 über fünf Millionen keine negativen Ansichten zu Hitler gehabt.

Anschließend ging Dr. Harry Waibel auf die Entwicklungen seit 1990 ein. Die rassistischen Pogrome Anfang der 1990er Jahre in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen und Lübeck seien von den Rassisten als Etappensiege verstanden worden. Sie wären zugleich Initialzündung für die NSU-Mitglieder gewesen, sich zu militanten Rassisten zu entwickeln. Der Historiker betonte, dass der Rassismus nach 1945 nicht verschwunden sei. Zwar durfte er öffentlich nicht stattfinden, er hätte aber sowohl in der Alltagskultur als auch in Form eines institutionellen Rassismus fortgewirkt. Laut Dr. Harry Waibel gab es drei Gründe für das Verleugnen dieses Umstandes. In beiden deutschen Staaten bzw. im vereinten Deutschland lägen diese in einer Verharmlosung der rassistischen Gefahren durch eine verfehlte Entnazifizierung und entsprechenden Tradierungen rassistischer Bewertungen. Außerdem seien das Fehlen eines auf Rassismus-Forschung fokussierten Instituts sowie die

Versäumnissen in der kritischen Betrachtung und Weiterentwicklung des Anti-Faschismus zu nennen. Der Historiker plädierte schließlich nachdrücklich dafür, das „Dynamit Rassismus“ zu stoppen.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion zeigte bereits die Frage, wo Rassismus anfängt, wie vielschichtig dieses Thema ist. Dr. Harry Waibel verwies beispielsweise auf die verschiedenen Begrifflichkeiten innerhalb des Diskurses und betonte dabei, dass jeder Neonazi ein Rassist, aber nicht jeder Rassist ein Neonazi sei. Im Kern könne man von Rassismus sprechen, wenn Menschen aufgrund ihres Andersseins benachteiligt werden.

Der Vortrag hatte gezeigt, dass es in beiden deutschen Staaten rassistische Straftaten und Einstellungen gab. Obwohl die Demoskopen beider Staaten entsprechende Tendenzen in den Denkstrukturen der Bevölkerung erkannt hatten, wurde dieses Phänomen jedoch aus der Öffentlichkeit verdrängt. Dr. Harry Waibel ging in der Diskussion außerdem auf die Unterschiede zwischen Ost und West ein. Im Gegensatz zur Bundesrepublik sei es den rassistischen Gruppierungen in der DDR beispielsweise nicht gelungen, sich republikweit zu organisieren. Im autoritären und von Überwachung geprägten sozialistischen Staat habe sich jedoch ein Klima entwickelt, dass ein Ventil brauchte. So seien unter anderem algerischen Arbeiter zu Sündenböcken geworden. In der Konsequenz sei der algerische Staat gezwungen gewesen, die Arbeiter wieder abzuführen.

Der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Wilfried Schubarth plädierte nachdrücklich für eine differenzierte Betrachtung der Ursachen von Rassismus in Ostdeutschland. Sicherlich spiele das autoritäre Erbe eine Rolle, man dürfe aber die Auswirkungen der Wende nicht unterschätzen. Sein Erklärungsansatz bilde eine Mischung aus der Kontinuitätsthese, die er bei Dr. Harry Waibel heraushöre, sowie der sogenannten Übergangsthese. Dementsprechend hätten nicht nur die fortgesetzten Tradierungen rassistischer Denkmuster und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der DDR zu dieser Entwicklung beigetragen. Auch die Erfahrungen der beispielsweise von Perspektivlosigkeit geprägten Transformationsphase nach 1989 hätten einen Nährboden dafür gebildet, die eigene Unzufriedenheit auf andere zu projizieren. Anetta Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung betonte, dass die menschliche und soziale Verwahrlosung nicht nur ein Produkt der DDR, sondern eines der Nachkriegszeit sei. In manchen Regionen Deutschlands sei die Zivilgesellschaft heute nahezu abwesend.

Schließlich warf Moderator Justus Kliss die Frage auf, welche Maßnahmen im Bildungsbereich ergriffen werden könnten, um gegen Rassismus vorzugehen. Prof. Wilfried Schubarth und Dr. Harry Waibel bemängelten in diesem Zusammenhang, wie wenig Interesse es bisher an der Rassismus-Aufklärung gebe. Die Diskussion zeige außerdem, dass es einer breiteren gesellschaftlichen Aufklärung bedürfe, um die Situation zu verändern. Im NSU-Ausschuss würde beispielsweise immer wieder betont, dass es sich nicht um einen strukturellen Rassismus, sondern um Einzelfälle handle, kritisierte Anetta Kahane.

Anschließend wurde dem Publikum Gelegenheit zur Diskussion gegeben. Die Historikerin und Ethnologin Barbara Dankworth warf dabei die Frage auf, warum die Gewaltbereitschaft bei jungen ostdeutschen Männern besonders hoch sei. Dr. Harry Waibel führte dies auf die Militarisierung der DDR-Gesellschaft zurück. Es gebe

bisher allerdings keine Forschung, die unter dem geschlechtsspezifischen Aspekt die Verbindung von Männern und Rassismus thematisiere. Die Studienrätin für Geschichte Soraya Gomez betonte unter anderem, wie wichtig es sei, dass Lehrer an Anti-Rassismus-Trainings teilnähmen. Außerdem müsse dieses Thema langfristig in den Schulalltag integriert werden, statt nur für einen kurzen Zeitraum behandelt zu werden. Schließlich müsse jedoch die gesamte Gesellschaft, auch die Medien, in die Pflicht genommen werden.

Dr. Jens Hüttmann, Leiter des Bereichs Bildungsarbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung, resümierte, bei der Veranstaltung sei das Thema Rassismus und Anti-Pluralismus sowohl in historischer als auch in gegenwärtiger Perspektive diskutiert worden. In der Bundesstiftung sei man entschlossen, dies weiter zu verfolgen, wofür an diesem Abend wichtige Anregungen gewonnen werden konnten.

Anja Schröter